

DIE LINKE.



Rote Krähe

Ausgabe Dezember 2017

COOL: MIT LINKEM JAHRESKALENDER ZUM RAUSNEHMEN

100 JAHRE LINKE

**DIE LINKE
KREFELD IST
NICHT KLEIN
ZU KRIEGEN**

Noch kürzlich wartete die Rheinische Post bei der Auswertung der Bundestagswahl mit falschen Zahlen auf – nur 6,9 Prozent hätten die Linken in Krefeld erreicht, damit sei es „der Krefelder SPD gelungen DIE LINKE klein zu halten“. Die Richtigstellung erfolgte sogleich durch großen Protest seitens unserer Kreissprecherin Heidrun von der Stück.

Mit 8,12 % der Zweitstimmen in Krefeld bei der letzten Bundestagswahl kann man nur sagen: 10 Jahre LINKE Krefeld sind trotz Rückschlägen eine echte Erfolgsgeschichte!

Auch in der Krefelder Kommunalpolitik: 2009 zog die Linke mit immerhin 3,7 % und zwei Mandaten als Ratsgruppe in den Krefelder Stadtrat ein. Feierlich wurde das Büro im Rathaus nach Aurel Billstein benannt, dem ersten Kommunisten im Krefelder Stadtrat. Doch das Glück währte nicht lange: Einer der beiden Ratsherren wech-

selte 2012 zur SPD und nahm das Mandat der Partei DIE LINKE mit. Basri Cakir stand nun als Einzelkämpfer da und nicht nur musste das Foto von Aurel Billstein wieder abgehängt werden, auch das Recht auf Antragstellung wurde Basri Cakir aberkannt. Dagegen mussten wir uns wehren.

Die Verwaltung hatte sich verkalkuliert. Eine Klage, vertreten von unserer Anwältin Ursula Mende, hatte vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster Erfolg. Basri Cakir konnte wieder wie gehabt sein „Unwesen“ treiben, d.h. seine Arbeit als Stadtrat erledigen. Mit großem Erfolg. Konnten wir doch bei der nächsten Kommunalwahl 2014 unseren Stimmenanteil auf 4,6 Prozent erhöhen und mit 3 Mandaten sogar eine Fraktion werden. Unter großem Jubel kam Aurel Billstein wieder an seinen Platz. Ob unsere vielen Anträge zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge, zur Erhöhung der Gewerbesteuer, für mehr Gewerbesteuer-Prüfer, gegen Privatisierungen, für die Wie-

... weiter auf Seite 2

HARTZ 4 AUF KASSENBON

Die Grundsicherung an der Supermarktkasse! Ein weiteres Stück Würde der Armen wird geopfert!

Seite 3

NEUE SCHMALSPUR

Bei der Kölner Straße hört die Fahrradfreundlichkeit der Krefelder Planer auf! Autos first!

Seite 4

WIR STECKEN FEST!

Schon im Landtagswahlkampf hatten wir mit Charly darauf hingewiesen: Die LINKE will das Sozialticket ausbauen. Unter schwarz-gelb muss es gänzlich verteidigt werden.

Seite 5

UNBELEHRBAR

Trotz hoher Landeszuschüsse bleibt es bei einem unsozialen Spar-Haushalt in Krefeld.

Seite 8

NEUE NAZI-METHODEN

Gefälschte Drohbriefe an eine syrische Familie. Ein Gastbeitrag von Pfarrer Albert Koolen.

Seite 9

VERFOLGTE LINKE

Der Kampf um die Entschädigungen von Opfern der Berufsverbote geht weiter.

Seite 10

FRIEDENSCHOR UNTERWEGS

Der Krefelder Friedenschor ist eine feste Institution in Krefeld geworden. Jetzt war er auch bei Thyssen-Krupp.

Seite 12

dereröffnung der Uerdinger Bibliothek, für Straßennamen ohne militaristischen oder gar faschistischen Hintergrund etwas gebracht haben? Aus CDU-Kreisen heißt es, dass man linken Anträgen grundsätzlich nicht zustimmen könne, allein schon weil sie von den Linken stammen und die SPD rollt mit den Augen, ihr selbst formuliertes Ziel ist es, DIE LINKE kleinzuhalten. Lieber biedern sie sich bei der CDU an. Doch

auch wenn so viele unserer guten Anträge im Rat jäh zerschmettert worden sind ... ganz leise ... von den meisten unbemerkt, tröpfelt auch unser Einfluss in das Spiel der Verwaltung und sei es nur ein Unbehagen durch unsere kritischen Reden und Anfragen, unsere unbequemen Anträge oder gar durch ein Dämmern bei einzelnen Fraktionären der anderen Parteien, dass die Forderungen der Linken gar nicht so

ungut sind ... Klammheimlich stellte die Verwaltung weitere Gewerbesteuerprüfer ein ... so, dass es keiner merkte natürlich, denn den LINKEN gönnt man keinen Erfolg. Doch die letzten Wahlergebnisse zeigen: Viele Krefelderinnen und Krefelder wollen linke Politik! Und es werden mehr werden!

RF

Julia Suermond

Ratsfrau für die DIE LINKE, Ratsfraktion in KR

10 JAHRE DIE LINKE. KREFELD

EINE HETEROGENE TRUPPE HAT SICH ZUSAMMEN GEFUNDEN

Im August 2007 wurde DIE LINKE in Krefeld gegründet. Wir waren ein ziemlich „bunter Haufen“. Menschen aus der WASG (Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit), aus der Linkspartei, PDS aus sozialen Bewegungen, Neugierige, Interessierte, GewerkschaftlerInnen, ehemalige SPD-Mitglieder, ehemalige Grüne und andere, die sich entschlossen: „Wir wollen in Krefeld etwas Neues machen“, wir wollten eine linke Partei, die analog zur Bundes- und Landesebene den Willen zur Veränderung der Gesellschaft artikuliert. Insbesondere unser Einsatz für die Abschaffung der unerträglichen Hartz-Gesetze, für eine Friedenspolitik, die Umverteilung von oben nach unten, Demokratisierung der Gesellschaft, das Recht auf Bildung, den sozialökologischen Umbau der Gesellschaft sind Motivation und Motor.

Es kamen im Anfang viele neue Mitglieder und es verließen Menschen die Partei auch wieder. Nach der Satzung der LINKEN war für eine Übergangszeit eine paritätische Besetzung der Vorstände aus Linkspartei, PDS und WASG vorgeschrieben. Dies war deshalb notwendig, damit nicht eine der Ursprungsparteien den Eindruck gewinnen konnte, sie sei „geschluckt“ worden. So war auch in Krefeld der Vorstand paritätisch besetzt. Es mussten immer gleich viele Frauen und Männer - das ist heute

noch so - und von der Herkunft gleich viele ehemalige PDSlerInnen und WASGlerInnen im Vorstand sein. Klar war, dass dies nur für eine Übergangszeit funktionieren konnte. Bereits kurz nach der Gründung wurde die Gruppe der Mitglieder, die weder aus der PDS noch aus der WASG kamen, immer stärker. Damit war diese Vereinbarung irgendwann unsinnig.

Im Anfang hatte die Partei keine eigenen Räume, sie war noch nicht im Rat vertreten und damit beschäftigt, sich zu konsolidieren. Wir tagten in Kneipen und waren zu Gast bei der DIFD im Solidaritätshaus. Es gab turbulente Mitgliederversammlungen mit dreißig bis vierzig TeilnehmerInnen. Heftige Auseinandersetzungen und Zulauf von Menschen, die sich in der Partei eine politische Karriere erhofften, gehörten zum Alltag. KarrieristInnen kamen und gingen. Von August 2007 bis Januar 2009, also in knapp eineinhalb Jahren verließen 3 Sprecher die Partei. Sie konnten ihre Wünsche nicht durchsetzen und waren schnell wieder verschwunden. Ich, die aus der PDS kam, war vom Gründungstag an Sprecherin. Ich trat wegen der Auseinandersetzungen im Dezember 2008 zurück, machte die Arbeit kommissarisch weiter und kandidierte auf Drängen der linksjugend und einiger GenossInnen, besonders von Stephan Hagemes und Basri Cakir im Januar erneut für den Vorstand. Ich bin noch heute

Sprecherin. Ebenfalls auf dieser Mitgliederversammlung wurde Stephan als Sprecher gewählt und er hat dieses Amt mit großer Unterstützung der Mitglieder noch heute inne. Seit 2014 ist er Ratsmitglied und stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Nach dieser turbulenten Mitgliederversammlung begann die Konsolidierungsphase. Es wurde gearbeitet. 2009 zog die Partei mit zwei Stadträten als Gruppe in den Rat ein. Auf Anhieb erreichten wir 3,7 %. Von Anfang an gab es eine enge Zusammenarbeit der Partei mit der Ratsgruppe, vor allem mit Basri Cakir, und nach 2014 mit der Fraktion.

2010 bezogen wir unsere Räume in der Alten Linner Straße 85, sie werden nicht nur von uns, sondern auch von anderen Gruppen und der linksjugend genutzt. Seit kurzem haben wir sogar ein Klavier in unseren Räumen, worüber sich der Friedenschor besonders freut.

KV

Heidrun von der Stück

Kreissprecherin der Partei DIE LINKE. in KR

Wir laden herzlich ein, mit uns 10 Jahre Linke Krefeld feiern:

Am 15. Dezember um 19 Uhr im Parteibüro an der Alten Linnerstr. 185. (Gäste: Özlem Demirel, Landesvorsitzende und Niema Movassat, MdB)

BUNDES-ARBEITS-AGENTUR WILL SPAREN: ARBEITS-LOSENGELD KÜNFIG AN DER SUPER-MARKT-KASSE?

Arbeitslose sollen sich im kommenden Jahr Arbeitslosengeld an der Supermarktkasse holen können, wenn sie kein eigenes Konto haben. Was erst einmal bürgernah klingt, ärgert die Betroffenen. Sie sprechen von Diskriminierung und einem Verstoß gegen den Sozialdatenschutz. Der Unterhalt der bisherigen Geldautomaten in den Jobcentern koste die Bundesagentur acht Euro pro Transaktion. Im Vorjahr hätten sich die Kosten mit 400.000 Bar-Transaktionen demnach auf 3,2 Millionen Euro belaufen. Die neue Lösung werde günstiger sein, sagte der BA-Sprecher. Eine genaue Höhe nannte er nicht.

Derzeit können sich Menschen ohne Konto oder diejenigen, die einen Vorschuss auf ihre Leistungen benötigen, ihre Hilfen von Automaten in Jobcentern und Arbeitsagenturen abholen. Bis Ende kommenden Jahres will die Bundesagentur für Arbeit aber aus Kostengründen dieses Verfahren so umstellen, dass Betroffene ihr Geld im Supermarkt holen können. Künftig sollen die Beträge nicht mehr nur an 300, sondern an 8.000 Kassen ausgezahlt werden können. Das Zeitfenster dafür ist günstig. "Die Wartungsverträge für diese Kassenautomaten laufen jetzt Ende des Jahres aus, sodass die Gelegenheit günstig war, jetzt auch das Verfahren umzustellen", sagte Kay Senius von der Bundesagentur für Arbeit in Halle.

Arbeitslosen-Verbände haben den Vorstoß der Bundesagentur für Arbeit kritisiert,

künftig Arbeitslosengeld im Supermarkt auszuzahlen. Harald Thomé vom Selbsthilfeverein "Tacheles" sagte dem Evangelischen Pressedienst, er halte eine solche Auszahlung für diskriminierend und rechtswidrig. Die Gewährung der Sozialleistungen sei eine hoheitliche Aufgabe des Staates. Sie dürfe laut Gesetz nicht an Dritte wie Supermärkte übertragen werden. Er schlug stattdessen eine Kooperation zwischen Sozialverwaltungen und örtlichen Stadtkassen vor. Damit könne das Geld an Stadtkassen und Stadtparkassen ausgezahlt werden.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat weitere Bedenken. "Wir haben Sorgen, dass Menschen, um sich nicht als Hartz IV Bezieher outen zu müssen, jetzt von den kleinen Beträgen, die sie da abheben können, auch noch irgendwas einkaufen, damit sie nicht auffällig werden", sagte Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider MDR AKTUEL. Solange die Betroffenen leicht erkennbar seien, sei das für den Paritätischen kein akzeptables Verfahren.

DIE LINKE. Krefeld spricht sich ganz klar gegen dieses Verfahren aus und verurteilt eine weitere Stigmatisierung von armen Menschen. Der Stolz armer Menschen darf nicht weiter mit Füßen getreten werden!

KV

Manfred Bueddemann

Schriftführer und Vorstandsmitglied des Kreisverbands DIE LINKE. KR

AUTOS WIEDER „FIRST“ IN KREFELD

Die Kölner Straße im Abschnitt zwischen Fütingsweg und Ritterstraße soll vierspurig neu gebaut werden. So entschied der Bauausschuss mit breiter Mehrheit gegen die Stimmen der Grünen und der Linken. Für die Radfahrer sind dagegen Radwege vorgesehen, die teilweise nur 1,20 Meter breit sind. Die Straßenbahn muss sich in den Auto-individualverkehr einreihen. Die Reduzierung der Fahrradwegbreite auf 1,20 Meter kommt durch die Anlage der Begrünungstreifen zustande. Diese wurden so geplant, dass möglichst viel Parkraum für die Autos zu Lasten der Radwegbreite entsteht.

Wie kam die Entscheidung zustande?

Die Beschlussfassung wurde nachträglich, als die eigentliche Tagesordnung bereits an die Mitglieder des Ausschusses verschickt war, als Tagesordnungspunkt 24 in einem separaten Schreiben hinzugefügt. Jeder, der Erfahrung mit Ausschusssitzungen hat, weiß, dass das Durcharbeiten von 23 Tagesordnungspunkten bereits zeitlich sehr ambitioniert ist, das mußte auch der Ausschussvorsitzende, der im Laufe der Sitzung die Mitglieder immer wieder mahnte, sich mit ihren Redebeiträgen kurz zu halten. Bei Tagesordnungspunkt 24 war der Erschöpfungsgrad der Ausschussmitglieder bereits deutlich angestiegen, und so wurde dieser Punkt in einer Weise debattiert, die der Bedeutung dieser Entscheidung in keiner Weise gerecht wurde. Einzig der Ratsherr John von den Grünen begründete, warum er die vorgelegte Planung mobilitätspolitisch für einen Irrweg hält. Er begründete dies insbesondere mit der zu erwartenden Steigerung des Radver-

kehrs, die sich auch darauf gründet, dass die Kölner Straße zu einer Zulaufstrecke für die Krefelder Promenade werden wird, dem Leuchtturmprojekt Krefelds für eine fahrradfreundliche Stadt. Als Gegenargumente bleiben nur in Erinnerung, dass die aktiven Radfahrer der SPD bei Probefahrten festgestellt haben, dass ihnen auch eine Breite des Fahrradweges von teilweise nur 1,20 Meter ausreichen würde und dass die Rettungswagen zum Helios besser durchkommen. Ob die Platzierung dieses Vorhabens als letzter Tagesordnungspunkt nun Nachlässigkeit war oder bewusst herbeigeführt, um die Diskussion abzuwürgen und die Zuschauerzahl zu reduzieren, ein fader Beigeschmack bleibt in jedem Fall.

Die Krefelder Fahrradpolitik ist widersprüchlich!

Unfreiwillig liefert Krefeld wahrscheinlich demnächst seinen Bürgern ein Lehrbeispiel in Sachen Radwegebau bei zwei miteinander verknüpften Fahrradwegen. Stadteinwärts erfährt man zunächst auf der Kölner Straße, wie Fahrradwege heute nicht mehr gebaut werden sollten, um dann auf der Promenade die leuchtende Zukunft zu erleben. Stadtauswärts dreht sich das ganze um. Es wäre dringend zu wünschen, dass die Planung für den Ausbau der Kölner Straße noch einmal überdacht wird, ehe hier wie z. B. an der nicht barrierefrei gebauten Haltestelle Rheinstraße Fehler gemacht werden, die später nur schwer wieder rückgängig zu machen sind.

RF **Wolfgang Emmerich**
Mitglied im Ausschuss für Bauen,
Wohnen und Mobilität

HÄNDE WEG VOM SOZIALTICKET NRW!

Bis 2020 sollte das Sozialticket auf Beschluss der Landesregierung komplett gestrichen werden. Nach heftigen Protesten von Sozialverbänden, Gewerkschaften, unserer Partei und vielen anderen ist die Landesregierung nun zurückgerudert. Wir fragen uns, für wie lange? Zur Zeit wird das Sozialticket mit 40 Millionen Euro jährlich bezuschusst. Das reicht noch lange nicht. Wie kann Armin Laschet in einem Atemzug sagen, die Hartz IV-Sätze für Mobilität reichten nicht aus und gleichzeitig die Streichung der Landesmittel ankündigen? Und das alles mit der Begründung, die Mittel würden für den Straßenbau und für die Azubis gebraucht. Hier sollen Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Zynischer geht es nicht. Jetzt sollen die Streichungen wieder gestrichen werden, doch können wir uns darauf verlassen? Ich denke, nein. Deshalb ist die Teilnahme an der Protestaktion am 09. Dezember in Wuppertal so wichtig und große Wachsamkeit erforderlich, falls der nächste Versuch gestartet wird.

Statt für einkommensschwache Menschen den öffentlichen Nahverkehr kostenlos zu machen, wird jetzt getestet: Wie weit können wir gehen? Das ist zynisch, menschenverachtend und darf nicht zugelassen werden.

Das soziale Leben ist wesentlicher Bestandteil unserer Existenz, es ist eine der Grundvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben. Es wäre gegen das Grundgesetz, das die Würde des Menschen für unantastbar erklärt.

RF **Heidrun von der Stück**
Kreissprecherin der Partei DIE LINKE. in KR



Schon im Landtagswahlkampf hat unsere rote Socke Charly für ein noch tollereres Sozialticket geworben. Der Film ist noch immer auf dem Kanal "Socke Charly" zu sehen.

DIE LINKE NRW fordert deshalb:

- ▶ ein Sozialticket für 15 Euro – das muss drin sein!
- ▶ die Aufstockung statt Kürzung der Landesmittel!
- ▶ Perspektivisch einen fahrscheinlosen ÖPNV!

Der Erwerbslosenverein Tacheles e.V. ruft auf zum breiten Protest gegen die maßlose und unsoziale Kürzungspolitik der CDU/FDP-Landesregierung: Demonstration am Samstag, 9. Dezember um 12 Uhr, Treffpunkt Alter Markt in Wuppertal Barmen zur Demonstration mit Besuch der örtlichen CDU/FDP-Parteibüros

DEMONSTRATION



Rote Krähe

LINKERJAHRESKALENDER 2018

1918 - GRÜNDUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (100 JAHRE KPD)

1918 - DEUTSCHES FRAUENWAHLRECHT (100 JAHRE)

1918 - ENDE DES ERSTEN WELTKRIEGES (100 JAHRE)

1988 - ABZUG AMERIKANISCHER MITTELSTRECKENRAKETEN (30 JAHRE)

1918 - KURT EISNER RUFT DIE MÜNCHNER REPUBLIK AUS (100 JAHRE)

GREGOR GYSI WIRD 70 JAHRE

1968 - ATTENTAT AUF RUDI DUTSCHKE (50 JAHRE)

200 JAHRE GEBURTSTAG KARL MARX

HERAUS ZUM 1. MAI

90. GEBURTSTAG ERNESTO CHE GUEVARA (1928)

170 JAHRE KOMMUNISTISCHES MANIFEST

INTERNATIONALER FRAUENTAG

JAN	FEB	MRZ	APR	MAI	JUN	JUL	AUG	SEP	OKT	NOV	DEZ
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6
7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8
9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9
10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10
11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11
12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12
13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13
14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14
15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15
16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16
17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17
18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18
19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19
20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20
21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21
22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22
23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23
24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24
25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25
26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26
27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27
28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28
29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29
30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30
31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31

1848 - AUSBRUCH DER MÄRZREVOLUTION IN BERLIN (170 JAHRE)

260 JAHRE GEBURTSTAG OLYMPE DE GOUGES

1968 - GRÜNDUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (50 JAHRE DKP)

1848 - EINZUG DES 1. DEUTSCHEN PARLAMENTS IN DIE FRANKFURTER PAULSKIRCHE (170 JAHRE)

120. GEBURTSTAG LENCHEN JANS (1898)

1918 - AUSRUFUNG DER DEUTSCHEN REPUBLIK IN BERLIN (100 JAHRE)

1938 - REICHSPROGROMNACHT (80 JAHRE)

KEIN SOZIALERER HAUSHALT TROTZ LANDESMITTEL

Der Haushalt für 2018 wurde diesmal ohne die Grünen hinter verschlossenen Türen verhandelt. CDU und SPD wollten die Grünen bei den Verhandlungen nicht mehr am Tisch haben. Wie zu erwarten wurde am 5. Dezember im Rat ein unsozialer Haushalt verabschiedet!

Die zusätzlichen Finanzmittel vom Land an die Kommunen hätten hoffen lassen können: Im Vergleich zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 erhält Krefeld im Jahr 2018 rund 29,8 Millionen Euro mehr. Durch diese zusätzlichen Mittel vom Land NRW wird sich für viele Krefelderinnen und Krefelder aber fast nichts ändern, weil die Koalition aus SPD und CDU fast in jeden Bereich auf „weiter so“ setzt. Bei manchen Posten im Haushalt werden Gelder locker gemacht. Zum Beispiel wird die von SPD und CDU geplante drastische Mietsenkung für die KEV-Pinguine die Stadt teuer zu stehen kommen. Aber für die Beratungsarbeit des Arbeitslosenzentrums, das dafür 35.000 Euro beantragt hat, werden nur 15.000 Euro vergeben. Genauso werden für die Notschlafstelle der Diakonie, für die 148.000 Euro nötig wären, nur 70.000€ locker gemacht. Beides halten SPD und CDU offenbar für nicht ganz notwendig.

Die Vergütung von 1,50 € pro Stunde für Flüchtlinge und andere werden nicht auf die Höhe des Mindestlohns angehoben. Selbst die SPD, eine große Verfechterin des Mindestlohns, lehnte unseren Antrag ab. SPD und CDU wollen Anteile der Wohnstätte verkaufen und städtische Bäder können geschlossen werden. Kurz gesagt: Alle Verschlechterungen, die das Haushalts-sicherungskonzept für die Krefelderinnen und Krefelder bislang schon vorgesehen hatte, werden fortgeschrieben. Für das Jahr 2018 werden alle Personalkürzungen, Gebührenerhöhungen, Zuschusskürzungen, Privatisierungen und „Floptimierungen“ weiter laufen.

Wir haben dagegen konkrete Anträge in verschiedenen Bereichen gestellt. Alle wurden abgelehnt. Die einzige Ausnahme ist unser Antrag auf Förderung des privaten Denkmalschutzes. Dieser Antrag wird mehrheitlich unterstützt und eine zusätzliche Stelle in diesem Bereich wird geschaffen. Dies ermöglicht es der Stadt, weitere Drittmittel zu beantragen.

Die große Koalition aus CDU und SPD will ab 2019 schwarze Zahlen schreiben. Ob dies gelingt, ist nicht ganz sicher. Durch die geplante Ausgliederung von Teilen der Verwaltung in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR), könnte es zu Einbußen von ein bis zwei Millionen Euro bei den Ausschüttungen der städtischen Unternehmen kommen, wie dies auch von den Stadtwerken Krefeld befürchtet wird.

Auch unser Antrag auf eine Gewinnausschüttung von mindestens 2 Millionen Euro durch die Sparkasse wurde wiederum abgelehnt, ebenso wie unser Antrag auf weitere Stellen für die städtischen Gewerbesteuerprüfer. Durch jeden Prüfer könnte die Stadt bis zu eine Millionen Euro zusätzlich einnehmen.

Aus diesen Gründen wird die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Krefeld diesen Haushalt ablehnen.

RF Basri Cakir
Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE. in KR

SOZIAL GEHT LEER AUS



POST VOM POSTKARTENMALER

NEUE METHODEN DER KREFELDER NAZIS

Im Widerstand von über 40 Organisationen, die mit über 4000 Krefelderinnen und Krefeldern gegen einen geplanten Umzug der NPD im Jahr 2007 demonstriert haben, hat sich das „Bündnis Krefeld für Toleranz und Demokratie“ gegründet. Es war und ist unser fester Wille, Nazis in der Stadt nicht zu dulden und zu bekämpfen, wo immer sie auftreten.

Ein gefälschter Brief, angeblich amtlich, fordert syrische Familie auf, auszureisen und versetzt sie damit in Angst und Schrecken. Neue Methoden der Krefelder Nazis machen über die Stadtgrenze hinaus Furore.

Gemeinsam mit dem „Bündnis Krefeld für Toleranz und Demokratie“ und mit vielen aus der Krefelder Zivilgesellschaft haben wir über viele Jahre erfolgreich die NPD und ihre Aktivitäten in Krefeld klein halten können.

Die unsägliche und menschenverachtende anonyme Beschimpfung und Bedrohung einer Krefelder Familie, die aus Syrien stammt, zeigt aber, dass der Kampf gegen Nazis, ihr Gedankengut und ihre heimlichen Sympathisanten nicht zu Ende ist. Es wurden der Familie, Krefelder Bürgerinnen und Bürger, Drohbriefe mit eindeutig nazistischem Inhalt geschrieben:

Schon Anfang des Monats November erhielt die Familie anonyme Hass-Zettel mit der Aufforderung, aus Deutschland zu verschwinden.

Dies erschreckte die Familie, die vor dem Verwaltungsgericht um ihre Anerkennung als Flüchtlinge kämpft, zutiefst. Obwohl diese Zettel durch einen Betreuer in die Öffentlichkeit gelangten, wurde zunächst kein Grund gesehen, dies strafrechtlich zu verfolgen. Am 10. November erhielt die Familie einen gefälschten Brief des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), in dem angeblich ihre Wohnung sofort gekündigt, ihre Aufenthalt beendet und eine sofortige Ausreiseaufforderung ausgesprochen wird. Der Brief war unterzeichnet mit A. Reltih, aus dem rückwärts gelesen A. Hitler wird. Jetzt endlich nimmt der Staatschutz Ermittlungen auf. Durch den Flüchtlingsbeauftragten der Stadt wird vorsorglich das Ausländeramt zu dem Status der Familie befragt und dann erklärt, diese Hetzkampagne mit

nazistischem Inhalt sei zwar schlimm, aber ein Einzelfall. Mittlerweile hat der „Fall“ bundesweit und im benachbarten Ausland Schlagzeilen gemacht.

Der Familie kann leider ihr Angsttrauma durch diese menschenverachtende Aktion vorerst nicht genommen werden. Aber ihr kann solidarisch beigestanden werden in diesem Kampf gegen Nazis, der uns alle angeht!

Offensichtlich fühlen sich Nazis und ihre Sympathisanten stark genug, im bundesweiten Sog zunehmend flüchtlingsfeindlicher Stimmung auch in unserer Stadt zu segeln. Das dürfen wir nicht zulassen! Ebenso entschieden, wie Krefeld 2007 den Nazis entgegentrat, muss es auch jetzt geschehen

Nazis und ihrem menschenverachtenden Gedankengut null Toleranz in unserer Stadt!

G Pfarrer Albert Koolen
Bündnis für Menschenwürde und Toleranz

45 JAHRE „RADIKALEN-ERLASS“

Berufsverbote für linke Lehrende

Vor 45 Jahren war es der „Radikalen-Erlass“, heute wird es die geplante „Extremisten-Klausel“ sein: Amtliche Diskriminierung von Menschen mit linker Gesinnung. Unter dem Motto „Aus der Geschichte lernen und Betroffene rehabilitieren“ hatte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW am 28. Oktober 2017 zur zweiten bundesweiten Berufsverbote-Konferenz eingeladen, um das Thema Berufsverbote aufzuarbeiten.

Angesprochen waren vor allem Betroffene aus den verschiedenen Bundesländern. „Das Thema ist auch heute nicht erledigt. Mehrere Fälle in der jüngeren Vergangenheit belegen, dass wir diese Debatte brauchen“, sagt Marlis Tepe, Vorsitzende der GEW. Tepe begrüßte den Beschluss des Landtages in Niedersachsen, eine Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Berufsverbote einzusetzen und forderte die Landesregierungen und Landtage auf, die Opfer des sogenannten „Radikalenerlasses“ von 1972 endlich zu rehabilitieren und zu entschädigen. Doch es geht nicht nur um Aufarbeitung. Angesichts des aktuellen Rechtsrucks und der Diskussion, wieder eine Extremismus-Klausel einzuführen, ist es wichtiger denn je, sich mit diesem verdrängten Teil deutscher Geschichte auseinanderzusetzen – für die politische Bildung, für ein besseres Demokratie-Verständnis, für mehr zivilgesellschaftliches Engagement. Auch die GEW will eine „Kommission zur Rehabilitierung von Betroffenen der GEW-Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ einrichten. Die GEW-Vorsitzende Tepe betonte ihre Solidarität nicht nur den deutschen Kolleginnen und Kollegen gegenüber, „die bis heute wegen ihres demokratischen Engagements unter den Auswirkungen

der Berufsverbotspolitik leiden und verfassungswidriger Gesinnungsschnüffelei ausgesetzt sind. Auch ginge es um den „internationalen Blick“ und darum, z.B. auch „den tausenden Lehrkräften und Hochschulbeschäftigten aus der Türkei, die massive Angriffe gegen ihre Freiheitsrechte erleben und von Verhaftungen, Entlassungen, Berufsverboten und anderen Repressionen betroffen sind“ solidarisch zur Seite zu stehen.

Auf der Konferenz war auch der junge Historiker Dr. Dominik Rigoll, der in seiner Dissertation „Staatsschutz in Westdeutschland“ u.a. die Geschichte der Berufsverbote aufgearbeitet hat. In seinem Vortrag verwies er auf den Adenauer-Erlass von 1950, der den vielen Alt-Nazis in Verwaltung, Justiz und Politik den Weg in ihre alten Ämter freimachte. Und so trafen Betroffene des Berufsverbots in den gegen sie laufenden Verfahren nicht selten auf Menschen mit NSDAP-Vergangenheit oder solche, die geprägt vom staatlich verordneten Antikommunismus nur eins wollten: Kommunisten oder den mit ihnen Sympathisierenden den Weg in den öffentlichen Dienst zu verwehren.

Doch es gibt auch ganz aktuelle Beispiele aus der Gegenwart: So referierte Silvia Gingold über ihren Prozess vor dem Verwaltungsgericht, der mit einem skandalösen Urteil endete. Sie hatte auf Beendigung der Beobachtung durch den Verfassungsschutz geklagt. Silvia Gingold, Tochter der Widerstandskämpfer Ettie und Peter Gingold, von den Faschisten als Juden und Kommunisten verfolgt, deswegen in Frankreich hochgehört, bekam 1975 Berufsverbot. Nach starken internationalen Protesten wurde sie 1976 wieder eingestellt und hat bis zum

Ende ihrer Berufstätigkeit als geachtete Lehrerin unbeanstandet gearbeitet. Seit 2009 wird Silvia Gingold wieder auf Veranlassung der hessischen Landesregierung vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet. Das Gericht begründet dies u. a. damit, dass sie aus den Memoiren ihres Vaters gelesen habe und dass sie „wegen der relativen Bekanntheit ihres Namens als Tochter eines Widerstandskämpfers gegen den Nationalsozialismus quasi als Magnet für Personen gewirkt hat, die den Zielen der Veranstalter bislang eher fern gestanden haben.“

Ein anderes Beispiel ist Kerem Schamberger – bei ihm ist die Sache gut ausgegangen: Nachdem die Bayrische Landesregierung versucht hatte, seine Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität München (LMU) zu verhindern, weil er in der DKP ist, hat sich die Universitätsleitung geweigert, diesem Ansinnen zu folgen. Zwar hat Kerem Schamberger dadurch erst einige Monate später seine wissenschaftliche Arbeit aufnehmen können. Aber er hat es geschafft. „Ich bin kein Einzelfall,“ so seine Einschätzung. Lasst uns alle dafür sorgen, dass die Gesinnungsprüfung von linken Menschen im Freistaat Bayern komplett abgeschafft wird.“



Heidrun von der Stück
Kreisprecherin der Partei DIE LINKE. in KR
und Mitglied im Schulausschuss

DIE LINKE SOGGESKE

IM ZWISCHEN

Am 15. Dezember 2016 nahm der Landtag in seiner 118. Sitzung folgende Entschliebung an:

„Der Radikalenerlass – ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Niedersachsens – eine Beauftragte/einen Beauftragten zur Aufarbeitung der Schicksale der von Berufsverboten betroffenen Personen einsetzen

Am 28. Januar 1972 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt den sogenannten Radikalenerlass ...

Formell richtete sich der Erlass gegen ‚Links- und Rechtsextremisten‘, in der Praxis traf er aber vor allem politisch Aktive des linken Spektrums ... Den Betroffenen wurden fast ausnahmslos legale politische Aktivitäten, wie Kandidatur bei Wahlen, die Teilnahme an Demonstrationen oder das Mitunterzeichnen politischer Erklärungen vorgeworfen.

Der ‚Radikalenerlass‘ führte bundesweit zum faktischen Berufsverbot für Tausende von Menschen, die als Lehrerinnen und Lehrer, in der Sozialarbeit, als Briefträgerinnen und Briefträger, als Lokomotivführerinnen und Lokomotivführer oder in der Rechtspflege tätig waren oder sich auf solche Berufe vorbereiteten und bewarben.

Systemkritische und missliebige Organisationen und Personen wurden an den Rand der Legalität gedrängt, die Ausübung von Grundrechten wie der Meinungs-, Organisations- und Versammlungsfreiheit wurde behindert, bedroht und bestraft...

Aus dem Beschluss des Niedersächsischen Landtages:

... stellt der Landtag fest,

- ▶ dass der sogenannte Radikalenerlass in Niedersachsen mit dem Beschluss der rot-grünen Landesregierung aufgehoben wurde und seitdem nicht mehr existiert,
- ▶ dass politisch motivierte Berufsverbote, Bespitzelungen und Verdächtigungen nie wieder Instrumente des demokratischen Rechtsstaates sein dürfen,
- ▶ dass die Umsetzung des sogenannten Radikalenerlasses ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Niedersachsens darstellt und das Geschehene ausdrücklich bedauert wird,
- ▶ dass die von niedersächsischen Maßnahmen betroffenen Personen durch Gesinnungsanörungen, Berufsverbote, langwierige Gerichtsverfahren, Diskriminierungen oder auch Arbeitslosigkeit vielfältiges Leid erleben mussten,
- ▶ dass er den Betroffenen Respekt und Anerkennung ausspricht und sich darüber hinaus bei denen bedankt, die sich, z.B. in Initiativen gegen Radikalenerlass und Berufsverbote, mit großem Engagement für demokratische Prinzipien eingesetzt haben.

KREFELDER FRIEDENSCHOR VOR THYSSEN

**Frieden bedeutet auch sichere
Arbeitsplätze**

Die hohe Geschäftsleitung von Thyssen-Krupp hatte beschlossen: „Thyssen fusioniert mit Tata“, einem indischen Konzern mit Sitz in London. Die Zeche zahlen mal wieder die Beschäftigten. Bis 2020 sollen in Duisburg 2000 Arbeitsplätze abgebaut werden, dann folgt weitere Arbeitsplatzvernichtung. Dagegen wird vor Thyssen in Duisburg am Tor 1 protestiert. Jeden Montag um 17 Uhr versammeln sich die aktiven Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftler und andere Beschäftigte an der Feuertonne. Am Montag, den 13.11. blieben sie nicht unter sich. Der Krefelder Friedenschor besuchte sie und sang ihnen Mut zu mit alten und neuen Arbeiterliedern. So machte der Arbeitskampf allen Spaß. Zur Belohnung gab es Bratwürstchen vom Grill.

G

Rita Suermond
Musikalische Chorleiterin
des Krefelder Friedenschors

**Feiert mit uns
10 Jahre Linke Krefeld:**

**Am 15. Dezember
um 19 Uhr im Parteibüro
an der Alten Linnerstr. 185.
(Gäste: Özlem Demirel, Landes-
vorsitzende und Niema Movassat,
MdB)**

WER HAT'S GEMACHT?

Schreiberlinge: Heidrun von der Stück, Julia Suermond, Rita Suermond
Basri Cakir, Manfred Bueddemann, Wolfgang Emmerich
und Pfarrer Albert Koolen

Layout: Herrje

Redaktion: Julia Suermond

Impressum: DIE LINKE. Ratsfraktion Krefeld
Von der Leyenplatz 1, 47798 Krefeld, Tel. 02151-862012

DIE LINKE. Krefeld, Kreisverband, Heidrun von der Stück,
Alte Linnerstr. 85, 47799 Krefeld, Tel. 02151-4461625

dielinke-krefeld.de
dielinke-fraktion-krefeld.de

KV Ein Artikel des Kreisverbandes DIE LINKE.

RF Ein Artikel der Ratsfraktion DIE LINKE.

G Ein Gastartikel

DIE LINKE.

Wir können auch Öko: Gedruckt auf 100% Recyclingpapier